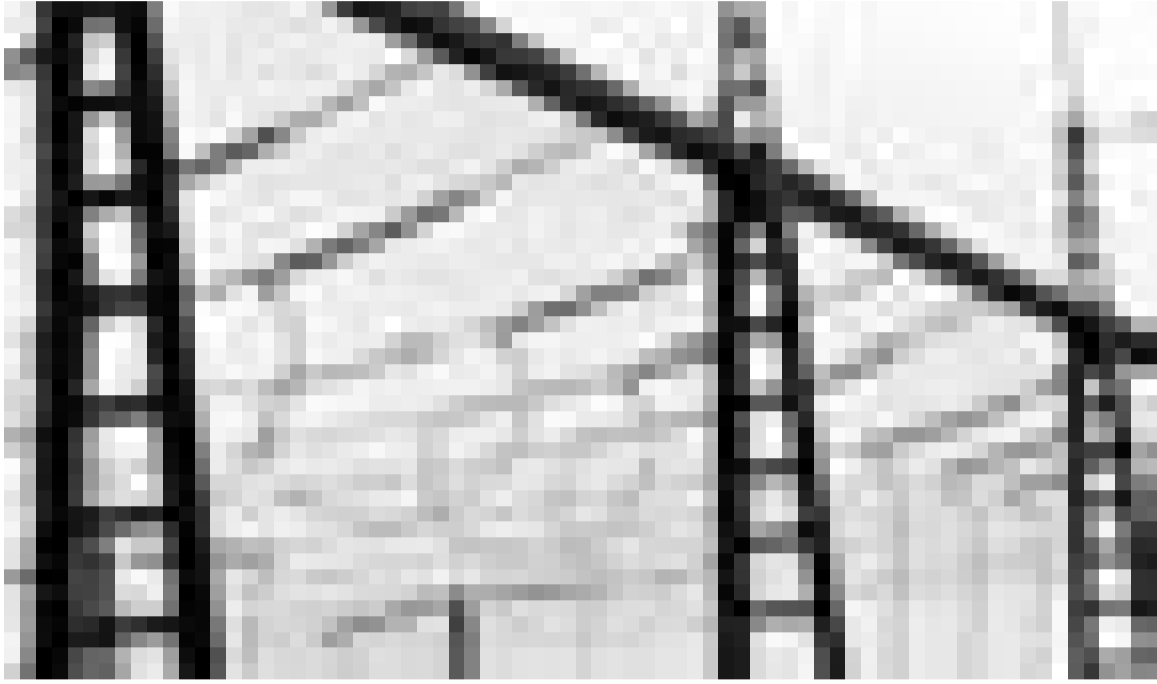


ENERGIEPOLITIK

Stromwechsel ohne Wende?



Strom ist nicht gleich Strom?

(Foto: Hilde Leubner)

Wie "öko" der von der Cegedel angebotene Ökostrom wirklich ist, hängt von der Sichtweise ab. Der Glaube an eine von den VerbraucherInnen herbeigeführte Wende in der Energiepolitik scheint sowieso dahin zu sein.

Erstaunlich, wie viele Möglichkeiten es gibt, den persönlichen Lebensstil umweltverträglicher zu gestalten. Drei-Liter-Auto, Niedrig-Energie-Haus und demnächst auch noch "Nova Naturstrom" von Greenpeace anstelle des Cegedel-Standard-Stroms. Allerdings stellt sich die Frage, wie viel Veränderung ein solcher Wechsel bewirken kann.

Ziel des Angebotes, künftig für einen Mehrpreis von 2,5 Cent pro Kilowattstunde "ökologischen Strom" zu beziehen, sei es, den Anteil der erneuerbaren Energien in der Stromversorgung zu erhöhen, heißt es in einer Cegedel-Pressemitteilung. Zu diesem Zweck habe man einen Liefervertrag mit der deutschen Ökostrom-Kooperative "Greenpeace energy", die von der NGO Greenpeace ins Leben gerufen wurde, abgeschlossen. Die liefert der Cegedel einen Strommix, der zehn Prozent aus Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) enthält. Der Rest stammt aus erneuerbaren Quellen, vor allem Wasserkraftwerken, aber auch zu einem Prozent aus Solaranlagen.

Damit reagiert die luxemburger Stromfirma auf eine langjährige Forderung von UmweltfreundInnen, endlich Ökostrom statt des von der RWE stammenden Kohle-Atom-Strommixes beziehen zu können. Dahinter stand eine Hoffnung: "Wenn viele KonsumentInnen atom- und kohlestromfrei werden, sind die Konzerne auf ökonomische Weise gezwungen, ihre Kraftwerke abzuschalten, weil nun die Nachfrage nach Atomstrom verringert wird. (...) Die Konzerne sind somit durch die Macht der VerbraucherInnen gezwungen, andere Energiequellen zu nutzen", wie es zum Beispiel auf der Website der Initiative "Wechselstrom Wendland" heißt. Erstaunlich, dass sich bisher auf Seiten der UmweltaktivistInnen das Freudenheul in Grenzen hielt - mit Ausnahme eines Kommuniqués, das die Entscheidung der Cegedel begrüßt ... unterzeichnet von Greenpeace Luxemburg.

"Wir waren ein wenig überrascht, als wir von dem Deal zwischen Cegedel und Greenpeace erfuhren", erklärt Paul Ruppert, Energieexperte des Mouvement écologique gegenüber der woxx. "Angesichts eines Anteils von 86 Prozent Wasserkraft bei diesem Energiemix stellt sich die Frage, ob damit nicht nur bestehende Anlagen subventioniert werden. Wenn Ökostrom nicht dazu beiträgt, dass neue Kraftwerke errichtet werden, dann ist er überflüssig." Der grüne Abgeordnete Camille Gira gibt sich ebenfalls skeptisch: "Hier lässt sich Greenpeace benutzen, um den Stillstand von Cegedel und Regierung in Sachen alternative Energien zu kaschieren."

Der Greenpeace-Mitarbeiter Roger Spautz betont demgegenüber, dass seine NGO von "Greenpeace energy" unabhängig sei. "Wir lassen uns nicht kaufen. Vor zwei Tagen erst haben wir die umweltschädliche Betriebsart der Escher Gasturbine angeprangert, an der auch die Cegedel beteiligt ist." Ob denn nicht gerade dieser Strom sich im KWK-Anteil des Greenpeace-

Angebots wiederfinden könnte? "Eben nicht", erläutert Roger Spautz, "Greenpeace-Strom stammt aus KWK-Anlagen mit einem Wirkungsgrad von mindestens 80 Prozent, ein Wert, den die Escher Turbine leider nicht erreichen kann."

Auch der Bau von neuen Anlagen werde von "Greenpeace energy" konsequent gefördert: "Jeder Kunde muss spätestens nach drei Jahren aus neu gebauten Anlagen versorgt werden", heißt es in einer Klausel, die auch für den nach Luxemburg gelieferten Strom gilt. Zusätzlich dazu hat sich die Cegedel verpflichtet, pro Kilowattstunde "Naturstrom" zwei Cent abzugeben für einen Öko-Investitionsfonds. Mit diesem Geld soll die Stromgewinnung aus erneuerbaren Energiequellen in Luxemburg gefördert werden.

Krieg der Label

Paul Ruppert glaubt dennoch nicht, dass seine Organisation den Greenpeace-Strom empfehlen wird: "Es gibt Schwachstellen im Cegedel-Greenpeace-Angebot, wohingegen andere Ökostrom-Produkte zum Beispiel das BUND-Labels haben." In der Tat legt der BUND, eine dem Mouvement vergleichbare deutsche Umweltorganisation, das Hauptgewicht auf den Bau von neuen Anlagen. Woher der Strom komme, sei nicht so wichtig, weil das Angebot die Nachfrage derzeit noch bei weitem übersteige.

Nicht alle Umwelt-NGOs sehen das so pragmatisch. Den AtomgegnerInnen aus dem Wendland ist es wichtig, ein glaubwürdiges Gegenmodell zur fossilen Stromwirtschaft aufzubauen. Zeitgleiche Stromeinspeisung lautet die Forderung: Was als Ökostrom verbraucht wird, sollte zum gleichen Zeitpunkt als Ökostrom ins Netz eingespeist werden. Manche Label bieten nämlich hundert Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen, begnügen sich aber mit einer "mengengleichen" Einspeisung. Das bedeutet, dass zwar übers Jahr die verbrauchte Menge an Ökostrom erzeugt, bei Engpässen aber zeitweilig auf fossilen Strom zurückgegriffen wird.

Wer das nicht will, so "Greenpeace energy", ist derzeit auf Wasserkraft und KWK angewiesen. Zu dieser "ideologischen" Sicht der Dinge gehört auch, dass Ökostrom-Anbieter die Versorgung selber in die Hand nehmen, was zwar Mehrkosten in Form von Durchleitungsgebühren erzeugt, dafür aber eine klare Trennung zwischen sauberen und unsauberen Stromfirmen ermöglicht. Letzterer Aspekt ist in Luxemburg, wo die Cegedel als Zwischenhändlerin fungiert, nicht gegeben.

Einigkeit herrscht allerdings in einem Punkt: Die Förderung erneuerbarer Energien darf nicht zur Spielwiese für zahlungsbereite IdealistInnen verkommen. Roger Spautz versichert: "Es reicht uns nicht, möglichst viel grünen Strom zu verkaufen, wir wollen auch eine Veränderung der Energiepolitik." Und Paul Ruppert meint: "Entscheidend ist, wie viel Strom aus erneuerbaren Quellen in Luxemburg erzeugt wird. Die Regierung muss versuchen, das offizielle Ziel einer Verdopplung des Anteils bis 2010 zu erreichen."

Raymond Klein

Frieden macht auf friedlich

"Ich bin auch bereit, ein ganz kleines Strafmaß zu machen", erklärte Justizminister Luc Frieden überraschend am vergangenen Mittwoch vor JournalistInnen. Bei dem Gesetzesvorschlag Nr. 5076 zum Hausfriedensbruch, der so genannten Lex Greenpeace, sei das Ziel in erster Linie, "die Handlungsfähigkeit des Staates zu garantieren" und einen "rechtsleeren Raum" zu schließen. Bisher existiert kein Gesetz, dass die Besetzung von Geschäftsräumen oder staatlichen Einrichtungen als solches unter Strafe stellt, so dass weder Polizei noch die Staatsanwaltschaft irgendeine Handhabe gegen solcherlei Blockadeaktionen haben.

Das Strafmaß für den Hausfriedensbruch sei in diesem Kontext "irrelevant", sagte Frieden, der zudem bestritt, durch den Gesetzentwurf würden die Meinungs- oder die Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Entsprechende Medienberichte und Vorwürfe von Parteien und Organisationen wertete der Minister als "aufgeregtes Vorwarnsignal" und "absolut lächerlich". Der Staat habe die Pflicht, Geschäftsräume ebenfalls zu schützen. Auch wie er den restriktiven Gesetzentwurf gelesen haben will, verriet Frieden: projet de loi garantissant l'usage paisible du droit de propriété et la liberté de mouvement. Dass dieser Name wohl ein Euphemismus ist, verriet Luc Frieden indirekt, als er auf Nachfrage einräumte, dass bei spontanen, nicht gesetzlich flankierten Streikaktionen (Generalstreik, Schülerstreiks) der neue Artikel Anwendung finden könnte.

"Auf Nummer todsicher" nach Gefahrgut-Unfall

Mit einem blauen Auge davon gekommen sind die Luxemburger AnrainerInnen der Sauer nach dem Unfall eines Gefahrgut-Transporters auf der Bundesstraße 51 im Raum Prüm vor etwa drei Wochen. So stuft es zumindest Paul Hansen ein, der Leiter der luxemburgischen Wasserwirtschaftsverwaltung. Bei dem Unfall war das Insektizid Perfekthion mit dem Wirkstoff Dime-thoat in den Boden sowie in die Gewässer Reutherbach und Prüm bis in die Sauer und in die Mosel gelangt. Unmittelbar danach wurde mit Sanierungsarbeiten begonnen und sechs Brunnen mit verunreinigtem Wasser abgepumpt. Zu Beginn der vergangenen Woche seien nur noch 0,38 mg des Schadstoffes pro Liter Wasser festgestellt worden. Das seien geringe Konzentrationen, erklärte Hansen gegenüber der woxx. Während es in der Prüm zu einem massiven Fischsterben gekommen sei, hätte man Ähnliches in der Sauer noch nicht festgestellt. "Wir wissen jedoch nicht, was passiert, wenn es stärker regnet", sagte Hansen. Sein Amt und die kooperierende Behörde in Trier hätten die AnwohnerInnen bis auf weiteres von jeglichem Kontakt mit Wasser aus den betroffenen Gewässern abgeraten. Auch sollte auf den Verzehr von Fischen vorerst verzichtet werden. "Wir gehen auf Nummer todsicher", so Hansen.

Immer mehr Unklarheiten um Luxair-Absturz

Die Suche nach den Ursachen der Luxair-Flugzeugkatastrophe vom 6. November vergangenen Jahres beschäftigt auch weiterhin die ParlamentarierInnen in der Chamber. Unter anderem warfen die beiden LSAP-Abgeordneten Lucien Lux und Marc Zanussi die Frage auf, ob der 27-jährige Pilot der Fokker genügend Erfahrung besessen hatte. Gegenüber der Presse betonte der zuständige Minister Henri Grethen zu den parlamentarischen Anfragen, dass man den für den September geplanten Abschlussbericht und das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung abwarten müsse. Erst dann könne auch die Schuldfrage geklärt werden, so der Transportminister. Ob das Dossier des Piloten vollständig gewesen ist, konnte ebenso wenig geklärt werden. Zu den angeblichen Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung und in Zusammenhang mit der Beförderung von Piloten hat die luxemburgische Fluglinie bisher noch keine Stellung genommen. Unterdessen wird das Unglück künstlerisch "ausgeschlachtet": Der Barde Guy Watrin ließ sich zu einem Chanson inspirieren. Diese Woche stellte er die CD vor - zu Ehren der Opfer des Absturzes.

